

Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung; Deutsche Geschichte 1945 - 1955, Bonn 1991, (Schriftenreihe Band 298), S.277 ff (Auszug)

(...)

3. Der 17. Juni - Arbeiteraufstand und Elitedasein

Die Erhebung vom 17. Juni 1953 ist in der westdeutschen Öffentlichkeit lange Zeit als "Volksaufstand" gegen das stalinistische Herrschaftssystem in der DDR gesehen worden. Für die offiziöse DDR-Historiographie war sie von 1953 bis 1984 nahezu unverändert ein von westlichen Drahtziehern und faschistischen Provokateuren ausgelöster und gesteuerter konterrevolutionärer Putschversuch **(55)** (D120). Die Hartnäckigkeit, mit der an dieser absurden Charakterisierung von Historikern, die sich den methodischen Prinzipien des historischen Materialismus verpflichtet fühlen, festgehalten wurde, läßt sich geradezu als Indiz dafür interpretieren, wie traumatisch belastet dieses Datum für den "ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat" war. Diese Feststellung gilt um so mehr, als der 17. Juni von seinen auslösenden und tragenden Kräften her unzweifelhaft ein Arbeiteraufstand war, der freilich in Ansätzen bereits durch einen möglichen Umschlag in einen politischen Volksaufstand erkennen ließ.

Bevor es jedoch dazu kommen konnte, wurde er von sowjetischen Truppen gewaltsam niedergeschlagen.

Dieser aus Ablauf und Erscheinungsformen abzulesende Charakter als Arbeiteraufstand macht es erforderlich, ihn vor allem in den Zusammenhang der sozialpolitischen Entwicklung der DDR seit 1948 zu stellen und als Steigerung und Peripetie einer breiten Oppositionsbewegung gegen die von der SED als Partei neuen Typs mit charakteristischen Methoden durchgesetzte Politik zu verstehen **(56)**. Darüber hinaus aber hatte der Aufstand einen inneren, im engeren Sinne machtpolitischen Aspekt. Er legte einen grundsätzlichen politischen Dissens in der Führungsspitze offen, der in seiner Intensität schwer einzuschätzen ist, sich inhaltlich aber am Tempo und an den Formen der Stalinisierungspolitik entzündete.

Der aktive und passive Widerstand gegen den sozialpolitischen Kurs der SED drückte sich in Verweigerung, Wahlboykott, punktuellen Streiks und in der Fluchtbewegung nach Westen aus, hielt sich aber insgesamt in kontrollierbaren Grenzen. Der Bogen wurde aber in einem Moment überspannt, als in der Sowjetunion nach Stalins Tod der "Neue Kurs" verkündet und in der DDR widerstrebend übernommen wurde. Dies geschah überraschend und abrupt am

9. Juni 1953 durch eine Politbüroerklärung (D117), nachdem kurz zuvor weitere "Säuberungen" in der Partei und eine generelle zehnpromzentige Erhöhung der Normen in der Industrie angekündigt worden waren **(57)**. Der "Neue Kurs" lief auf eine Teilrevision der Beschlüsse der Zweiten Parteikonferenz hinaus, bedeutete politisch eine Milderung des proklamierten "verschärften Klassenkampfes" und ökonomisch eine Reduzierung des forcierten Ausbaus der Schwerindustrie zugunsten des Konsums, verbunden mit erheblichen Konzessionen an den Mittelstand. Der "Neue Kurs" enthielt zudem eine gesamtdeutsche Komponente: Die Beschränkung des innerdeutschen Reiseverkehrs wurden gelockert, und in Moskau gab es Indizien für neue deutschlandpolitische Initiativen **(58)**.

Diese allgemeine "Liberalisierung" blieb jedoch mit einem Festhalten an der verkündeten zehnpromzentigen Normenerhöhung verbunden. ZK und Ministerrat hielten eine solche Erhöhung für notwendig, um die prekäre Wirtschaftslage endlich zu verbessern. Noch am 16. Juni bekräftigte Otto Lehmann, der stellvertretende FDGB-Vorsitzende, in der Gewerkschaftszeitung "Tribüne" diesen Beschluß und legte damit die Lunte ans Pulverfaß. Eine fast klassische Krisensituation zeichnete sich ab **(59)**: Ein abrupter politischer Kurswechsel nach einer vorangegangenen harten Linie, eine demzufolge verunsicherte Führung, weitreichende materielle und politische Konzession an Bürgertum. Bauern und Intelligenz, zugleich aber ausgerechnet für die Arbeiterschaft, bei der sich schon seit längerem Erbitterung aufgestaut hatte, Beibehaltung einer einschneidenden Normenerhöhung.

Der Verlauf der Ereignisse vom 16. und 17. Juni kann hier nur in groben Strichen skizziert werden **(60)**, wobei insbesondere die Genesis wichtig ist. Am Vormittag des 16. Juni formierten sich auf der Stalinallee in Berlin eine Demonstration von Bauarbeitern, die am Tag zuvor vergeblich eine Protestresolution an Ministerpräsident Grotewohl geschickt hatten und sich nun durch den Artikel Lehmanns weiter provoziert fühlten. Dem Zug schlossen sich spontan weitere Baustellenbelegschaften an. Der Zug ging zunächst zum Sitz des FDGB-Zentralvorstandes und, als dort niemand mit den Arbeitern verhandelte, zum Haus der Ministerien. Dort fand sich als einziger der Industrieminister Selbmann zu einer Rede vor der schon auf schätzungsweise 10 000 Menschen angewachsenen Menge bereit. Er wurde ausgepiffen, und einem zweiten Redner, Robert Havemann, ging es nicht anders. Als gegen 14 Uhr Selbmann einen zweiten Versuch machte und die Rücknahme der Normenerhöhung bekannt gab, war die Stimmung bereits so politisiert, daß jetzt weitergehende Forderungen nach Rücktritt der Regierung gestellt wurden, andernfalls solle für den folgenden Tag der Generalstreik ausgerufen werden. Die Demonstranten eroberten einen von der Regierung geschickten Lautsprecherwagen, der - in sehr verklausulierter Form - die Rücknahme der Normenerhöhung verkünden sollte, und machten damit die

Aufforderung zum Generalstreik und zu einer allgemeinen Arbeiterversammlung am nächsten Tag bekannt. Erst auf diese Weise verbreitete sich die Nachricht wie ein Lauffeuer in Ostberlin. Der spontane und planlose Verlauf der Aktion wurde durch ihr abruptes Ende besonders deutlich: Gegen 17 Uhr kamen die Bauarbeiter wieder in der Stalinallee an, gaben den Lautsprecherwagen zurück und gingen nach Hause.

Der Westberliner RIAS berichtete wohl über die Demonstration, vermied aber auf amerikanische Anweisung - von einer beiläufigen Erwähnung zuvor abgesehen - bis in die Nacht des 16. / 17. hinein die Erwähnung des Begriffs Generalstreik. Auch Jakob Kaiser, der Minister für gesamtdeutsche Fragen, forderte in einer Rede am Abend im RIAS zur Zurückhaltung auf.

Ohne zentrale Leitung und klare Zielsetzung und meist unabhängig voneinander entwickelten sich am nächsten Tag in etwa 270 Orten der DDR Streikbewegung und Demonstrationen, an denen sich zwischen 300 000 und 400 000 Arbeiter beteiligten. Bauern, Angehörige des Bürgertums und der Intelligenz waren unter den Aufständischen nach übereinstimmenden Berichten nur ganz vereinzelt zu finden. Der Charakter eines Arbeiteraufstandes zeigte sich nicht nur darin, daß er seine Schwerpunkte in traditionellen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitergebieten wie Magdeburg, Halle, Merseburg, Bitterfeld hatte, sondern auch in typischen Kampf- und Ausdrucksformen wie Bildung von Streikräten, Organisation von Betriebsversammlungen, Singen sozialistischer Arbeiterlieder. Vereinzelt wurden von Demonstranten Parteihäuser, Stadtverwaltungen, Gerichte und Gefängnisse gestürmt, am Rande der Bewegung kam es auch zu gewaltsamen Ausschreitungen, Plünderungen, Brandstiftung. Noch am Nachmittag des 17. Juni fanden in mehreren Städten Großkundgebungen statt.

Soweit aus der insgesamt diffusen Streik- und Aufstandsbewegung artikulierte Zielsetzung erkennbar sind, richteten sie sich auf folgende Hauptforderungen: Als wirtschaftliche Nahziele standen zunächst die Zurücknahme der Normerhöhung und die Abschaffung der Normen überhaupt im Mittelpunkt. Darin kam es ebenso wie in der Schaffung von Streitkräften als eigenen Organen der Rückgriff auf die Phase relativer Autonomie vor 1948 zum Ausdruck. Im Laufe des Aufstandes traten politische Forderungen stärker in den Vordergrund: Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, Auflösung der Armee unter der Parole "wir wollen keine Volksarmee, wir wollen Butter". Die Forderungen nach Einheit dominierten zwar nicht, wurden aber in Spruchbändern und Parolen immer wieder artikuliert und richteten sich oft gegen beide Regierungen wie auch dem Magdeburger Bahnhof: "Fort mit Ulbricht und mit Adenauer, wir verhandeln nur mit Ollenhauer!" oder "Räumt Euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!" **(61)**

Die Reaktion der sowjetischen Truppen auf die Demonstration und Streiks fiel insgesamt vergleichsweise vorsichtig und zurückhaltend aus. Als der Ostberliner Polizeipräsident am Morgen des 16. Juni die sowjetische Erlaubnis zur Auflösung des Demonstrationzuges der Bauarbeiter auf der Stalinallee erbat, wurde sie ihm verweigert. In der Nacht besetzten zwar russische Truppen in allen größeren Städten strategisch wichtige Plätze wie Postämter, sie ließen aber Versammlungen und Kundgebungen zu und griffen im allgemeinen erst einige Stunden nach der Verkündung des Ausnahmezustandes ein. Dabei blieben sich jedoch offenbar bemüht, Blutvergießen möglichst zu vermeiden. Panzer drängten die Menge langsam zurück und gaben Warnschüsse ab. Daher blieb im Vergleich zum Umfang der Aufstandsbewegung die Zahl von 21 Todesopfern relativ niedrig. Erklären läßt sich dieses Verhalten neben technischen Problemen eines schnellen Truppentransportes mit der maßvollen Haltung der Demonstranten, die sich zunächst nirgendwo gegen die Besatzungsmacht selbst richtete. Offensichtlich waren die Sowjets angesichts dieser Arbeiterrevolte auch verunsichert und schätzten ihr Ausmaß anfangs falsch ein. Schließlich läßt sich hypothetisch ein weiteres Erklärungsmoment anführen, das auf die politische Instabilität der Führungsgruppe um Ulbricht zielt.

Im Zeichen des "Neuen Kurses" war möglicherweise von sowjetischer Seite die Ablösung Ulbrichts geplant. Innerhalb des Politbüros formierte sich um den Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, und den Chefredakteur des "Neuen Deutschland", Rudolf HERNSTADT, eine Oppositionsfronde, die später von Ulbricht als "Zaisser-Hernstadt-Fraktion" attackiert wurde. Vermutlich stand sie in direkter Verbindung mit dem sowjetischen Sicherheitschef Berija, der zusammen mit Malenkov in der sowjetischen Führungsspitze eine "Kapitulationspolitik gegenüber dem Imperialismus und der Preisgabe des Sozialismus in der DDR" vertreten haben soll, wie Ulbricht später feststellte (62). Wenn es somit in Moskau deutschlandpolitische Alternativen im Zeichen des "Neuen Kurses" gegeben haben sollte und in diesem Zusammenhang Ulbrichts Sturz geplant war, so hatte in jedem Fall der Aufstand den Effekt, daß solche Pläne nun als zu riskant erschienen und somit Ulbrichts Position erneut gefestigt wurde. Vor allem seit Berijas Sturz am 25. Juni, von dem die Öffentlichkeit erst am 10. Juli erfuhr und der seinerseits u. U. mit dem Aufstand ursächlich zusammenhing, verlor die Opposition in der SED-Machtelite ihre Basis, so daß Ulbricht zum Gegenangriff übergehen und seine Widersacher aller Funktionen entheben konnte.

Daß diese - in ihren programmatischen Vorstellungen - antistalinistische Opposition innerhalb der SED-Führung nur die Spitze eines Eisbergs war, läßt sich sowohl aus den nach dem 17. Juni durchgeführten umfangreichen "Säuberungen" im Parteiapparat als auch die Erklärung des ZK vom 26. Juli ablesen. Dort hieß es: "Wie die Ereignisse des 16. bis 19. Juni zeigten, herrschte in den Tagen der

faschistischen Provokation in manchen Parteiorganisationen, leitenden Parteiorganen, bei einigen leitenden Parteifunktionären und Parteimitgliedern Kopflosigkeit und Unorganisiertheit ... In einer Reihe von Fällen haben sich Parteimitglieder selbst im Schlepptau der Provokateure befunden und an den von den Provokateuren organisierten Kundgebungen und Demonstrationen teilgenommen" **(63)**.

Die personellen Veränderungen großen Stils umfaßten daher alle Parteiebenen und auch den FDGB **(64)**. Am wenigsten war noch das ZK betroffen, aus dem ein Drittel der 80 Mitglieder und Kandidaten ausschied. Aus den SED- Bezirksleitungen wurden bis 1954 62 Prozent der Mitglieder entfernt, auf Kreisebene mußten bis 1954 von den Ersten Sekretären 53 Prozent ihren Platz räumen, und auch auf der Grundorganisation wurde rund die Hälfte der Funktionäre ausgetauscht. Über die Betriebsparteiorganisationen, die dem Druck der Normenkampagne besonders intensiv ausgesetzt waren, liegen keine quantitativen Angaben vor. Jedoch zeigen Beispiele - wie etwa die Leuna-Werke -, wie schwer es die Parteiführung hatte, angesichts massiver Opposition die Lage in ihrem Sinne wieder zu stabilisieren. Noch deutlicher hatte der FDGB die Erbitterung über die ständige Normenerhöhung zu spüren bekommen, so daß während des Aufstandes im Konflikt zwischen Staats- und Arbeiterinteressen vielfach ganze Organisationseinheiten abtrünnig wurden und sich auf ihre eigentliche Rolle als Interessenvertretung besannen. Um so gründlicher fiel die anschließende "Säuberung" aus. Die Zentralvorstände der Metall- und der Holz/Bau-Gewerkschaften wurden völlig umbesetzt, insgesamt wurden bei den Gewerkschaftswahlen 1953 71 Prozent der FDGB-Kader ausgewechselt.

Trotz dieser umfassenden "Säuberungen" und der zahlreichen Prozesse gegen Teilnehmer am Aufstand **(65)** - insgesamt sind 1383 zu Freiheitsstrafen Verurteilte namentlich bekannt - trat für 1953 / 54 im Zeichen des "Neuen Kurses" eine gewisse Lockerung und Verbesserung der politischen und ökonomischen Situation ein, doch signalisierte bereits der Vierte Parteitag der SED im April 1954, daß die Zielsetzung von 1952 unvermindert galten und lediglich in verlangsamtem Tempo realisiert werden sollten. Bereits wenige Wochen nach dem Aufstand hatte das ZK in seiner umfassenden und kritischen Lagebeurteilung (D199) im Hinblick auf die "Errichtung der Grundlagen des Sozialismus" festgestellt: "Diese Generallinie der Partei war und blieb richtig"**(66)**.

Anhang:

(55) Vgl. DDR, Werden und Wachsen, S. 240 ff.

(56) So die neueste zusammenfassende Interpretation von Bust-Bartels 1980b. Wichtig aus der älteren Literatur vor allen Baring 1966;

Jänicke 1964.

- (57) Baring 1966, S. 39 ff. Text der Erklärung in: Dokumente der SED Bd. 4, S. 428 ff.
- (58) Dazu Bonwetsch 1982, S. 6,8.
- (59) Vgl. Jänicke in: Elsenhans / Jänicke 1975, S. 149.
- (60) Das Folgende nach Baring 1966, ergänzt durch Bust-Burtels 1980b.
- (61) Der Spiegel Nr. 26 (24. 7. 1953), S. 7.
- (62) Eine sorgfältige Zusammenstellung und Interpretation der Hinweise bei Jänicke 1964, S. 32 ff.
- (63) Dokumente der SED Bd. 4, S. 469.
- (64) Die folgenden Angaben nach Jänicke 1964, S. 39, 46-50.
- (65) Dazu Fricke 1978.
- (66) Dokumente der SED Bd. 4, S. 467; H. Weber 1978, S. 45 f.